Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 35. | Mittwoch den 12. Februar 1930. | 88. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 10. Febr. Der Verwaltungs- und Wirtschafts-Ausschuß des Landtags behandelte heute eine Reihe von Eingaben. Eine längere Aussprache rief die Eingabe des Vereins der Lichtspieltheater Württembergs betr. das Gesetz über die geschützten Tage hervor, wonach das Spielverbot am Landesbußtag aufgehoben werden soll. Eine Eingabe des Evang. Volksbundes Württemberg wandte sich gegen diese Forderung. Für eine Aufhebung des Spielverbots sprachen sich Redner der Sozialdemokraten und der Demokraten aus, gegen die Aufhebung Redner der Rechten, des Zentrums und der Nationalsozialisten. Ein Antrag des Berichterstatters Heymann (Soz.), die Eingabe des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer dem Staatsministerium zur Erwägung zu übergeben, und die Eingabe des Evang. Volksbunds dadurch für erledigt zu erklären, wurde angenommen mit 8 Ja (5 Soz., 1 Komm., 2 Dem.) gegen 5 Nein (2 Ztr., 1. B.B., 1 N.S.) bei 2 Enthaltungen (1 B.B., 1 Ztr.). Eine Eingabe der Amtsversammlung Nagold betr. Erhöhung der Mitgliederzahl des Bezirksrats wurde auf Antrag des Berichterstatters der Regierung als Material übergeben.

Justizminister Beyerle zur politischen Lage in Württemberg.

Stuttgart, 10. Febr. Auf einer äußerst zahlreich besuchten Vorstände- und Vertrauensmännerkonferenz der Zentrumspartei des Bezirks Aalen am letzten Sonntag führte Justizminister Dr. Beyerle zu den gegenwärtig schwebenden Fragen in der württembergischen Politik das folgende aus: Die vor einigen Tagen erfolgte Regierungserweiterung sei eine Rechtfertigung für die Haltung des Zentrums nach den letzten Wahlen. Leitgedanke sei, unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Interessen aller Stände und Berufe das Land in Ruhe und Stetigkeit über die allgemeine deutsche Not hinwegzubringen. Das Wesentliche sei der gute Wille aller beteiligten Parteien; sei der vorhanden, dann bedürfe es der Festlegung auf Einzelpunkte eines Programms nicht. Die neue Koalition habe gleich einige politisch bedeutsame Vorlagen zu erledigen. An erster Stelle nannte Redner das Aenderungsgesetz zur Landessteuerordnung und zum Gemeindesteuergesetz, das in diesen Tagen so viel Staub aufwirble. Sachliche Kritik in Ehren, aber manche Vorkommnisse auf dem Stuttgarter Rathaus und bei den Beratungen des Städtetags lassen die gebotene Maßhaltung stark vermissen. Gegen den Grundgedanken des Gesetzes, daß die Verteilung des Ertrags an Einkommen- und Körperschaftssteuer nicht bloß nach dem Gesichtspunkt des Aufkommensortes vorgenommen werden dürfe, könne kein gerecht Urteilender etwas einwenden. Denn die Erträgnisse eines Unternehmens seien doch nicht bloß das Verdienst der am Orte des Unternehmens wohnenden Menschen, sondern das Ergebnis der Zusammenarbeit des ganzen Landes. Auch zeigen sich belastende Auswirkungen vielfach außerhalb des Unternehmens (Arbeiterwohngemeinden, Straßenbenützung u. a.). Daß also für die Steuerverteilung noch andere Gesichtspunkte als der Aufkommensschlüssel mit herangezogen werden müssen, sei unbestreitbar und auch in anderen Ländern geschehen. In welchem Ausmaß der — auch sozial- und bevölkerungspolitisch beachtliche — Gesichtspunkt der Heranziehung der Volksschülerzahl dem richtigen Ziel gerecht werde, sei die Frage, vor deren Entscheidung sich die neue Koalition gestellt sehe. Andere wichtige Fragen ergeben sich im Blick auf den vom Kultministerium aufgestellten Entwurf eines Landesschulgesetzes; hier habe das Zentrum hinsichtlich der geplanten Berufsschulen wichtige wirtschaftliche Bedenken und weltanschauliche Sorgen seiner Wählerschaft geltend zu machen; es sei zu hoffen, daß ein den berechtigten Forderungen Rechnung tragender Weg gefunden werde. Einer Reform der Lehrerbildung stehe das Zentrum grundsätzlich freundlich gegenüber; die Möglichkeit ihrer Durchführung sei durch finanzielle Rücksichten bedingt. Ob eine Aenderung des Wahlgesetzes im Land ebenso dringlich sei wie im Reich, könne bezweifelt werden, da wir nach unserem Landtagswahlgesetz schon jetzt die Möglichkeit kleinerer Abgeordnetenbezirke haben. Die neuerdings wieder lebhafter besprochene Frage des staatlichen Zusammenschlusses von Württemberg und Baden verdiene aufmerksame Beachtung, müsse aber von allen verantwortlichen Stellen mit der Behutsamkeit behandelt werden, die erforderlich sei, um auf beiden Seiten das Gefühl der Gleichwertigkeit und absoluter Freiwilligkeit zu erhalten.

Was hat Remmele gesagt?

Die „Schwäbische Tagwacht" veröffentlicht nun ein Stenogramm des vielberufenen Absatzes der Rede des badischen Kultministers, das nicht abgeändert sei. Danach hatte Remmele u. a. gesagt: „Die Sozialdemokratie wird des großen Zieles wegen zu einem einheitlicheren Deutschland zu kommen, der Vereinigung Badens mit Württemberg das Wort reden. Sie wird es tun in dem Bemühen, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes zu heben und zu einer einfacheren Verwaltung desselben zu gelangen. In letzterer Beziehung kann Baden mit dem württembergischen Muster viel gewinnen, in kulturellen Dingen sollte sich Württemberg zu einer Anpassung an badische Errungenschaft bequemen... Württemberg unterhält 2 Hochschulen, Baden deren 3 resp. 4. Baden hat schon seit vielen Jahren das 8. Volksschuljahr eingeführt. Württemberg begnügt sich in der Hauptsache noch mit 7 Volksschuljahren. Die Fortbildungsschulen, das gewerbliche und kaufmännische Fachschulwesen sind in Baden ganz anders aus- und aufgebaut, als dies bis jetzt in Württemberg der Fall ist. Daß sich Baden hinsichtlich des Ausbaues der höheren Schulen in den letzten Jahren übernommen hat, im Gegensatz zu Württemberg, kann nicht bestritten werden. Im Schuljahr 1929 gingen in Baden aus diesen Schulen 1781 Abiturienten ab, in Württemberg nur 1303. ...Aus dieser Sachlage ergibt sich ohne weiteres, daß einer Vereinigung dieser 2 Länder ganz erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, denn für die badische Bevölkerung steht die Frage im Mittelpunkt der Betrachtungen, ob sie die Errungenschaften auf schulischen und damit allgemein kulturellen Gebieten wieder zurückgebildet sehen möchte, während in Württemberg wohl kaum jemand daran denken kann, die sicherlich bessere Verwaltungsorganisation zugunsten der schlechteren und kostspieligeren badischen aufzugeben. Diese Unterschiede sollten aber keinen Hinderungsgrund für eine Vereinigung der beiden Länder bilden....".

Nehmen wir damit die Frage, was Remmele gesagt hat, als geklärt an. Er hat also doch von „kulturellen Dingen" im allgemeinen gesprochen und erst weiterhin von „schulischen", die er in seinem Dementi allein zugeben wollte. Die Wendung des Satzes aber ist allerdings dem Sinn nach wesentlich enger als in der Fassung des Bad. Landespressedienstes. Dort mußte man bei dem „Herabdrücken auf den Kulturstand Württembergs" Kultur in dem weiten Sinn fassen, in dem Wortlaut Remmeles kann man es in dem engeren Sinn auf die Angelegenheiten der Kultverwaltung beziehen, also nicht auf die in Jahrhunderten gewachsene Kultur, sondern auf die Schulverhältnisse, wo Remmele auf seine Errungenschaften so stolz ist. Wenn er übrigens die 3 resp. 4 Hochschulen so rühmt, die Baden unterhält — nun, einmal haben auch wir nicht 2, sondern 3, und dann ist es so eine Sache mit dem „Unterhalten". Die großen Heidelberger Neubauten konnten nur mit amerikanischen Riesenschenkungen unternommen werden und Baden hat sich ja größte Mühe gegeben, die ganze Heidelberger Universität als „Reichsuniversität" in die Reichsverwaltung zu bringen, weil die Unterhaltung von 3 bis 4 Hochschulen einfach zu viel ist. Aber geben wir Remmele zu, er hat nicht die württembergische Kultur im weiteren Sinn treffen wollen, sondern bloß die Schulverwaltung. Und da ist ja unser Fortbildungs- und Fachschulwesen gerade im Ausbau begriffen, unser 8. Schuljahr wird auch kommen, wir werden also bald auch vor Remmele wieder Gnade finden können.

Zur Vereinigung von Württemberg und Baden.

In einem Aufsatz im „Karlsruher Tagblatt" vom 9. Febr. heißt es: „Wo hat man denn in all den Reden der letzten Zeit auch nur ein Wort über die Zukunft unserer badischen Landeshauptstadt bei einer etwaigen Umgruppierung der südwestdeutschen Länder gehört? Noch bei den letzten Erörterungen vor zwei Jahren waren wir optimistisch genug, an dieser Stelle die Ansicht zu vertreten, daß Stuttgart einsichtsvoll genug sein würde, nachdem es doch in Bewunderung erzwingendem Aufstieg mehr und mehr zur wirtschaftlichen Zentrale Süddeutschlands geworden ist, Karlsruhe wenigstens zur Verwaltungszentrale des neuen südwestdeutschen Staates werden zu lassen. Von diesem Optimismus sind wir heute gründlich geheilt: Karlsruhe als Stadt hat von der Vereinigung Badens mit Württemberg gar nichts zu erwarten, es hat nur zu verlieren. In diesem Punkt scheinen uns die Absichten Württembergs in der „Frkf. Ztg." richtig kommentiert, „daß das vereinigte Land Württemberg-Baden nach württembergischer Auffassung seine Hauptstadt und den Sitz seiner Regierung in Stuttgart haben würde und daß Württemberg Verhandlungen über eine solche Neubildung, bei der Karlsruhe eine einfache Provinzstadt werden würde, für zwecklos hält, solange nicht von Baden her vollkommen klargestellt wird, daß Baden eine Aenderung, die ein solches Opfer für Baden in sich schließen würde, tatsächlich will." Jawohl, das ist das Entscheidende! Und da sagen wir heute schon kund glauben uns in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der Karlsruher Bürgerschaft, daß wir zu einem solchen Opfer freiwillig nie und nimmer unsere Zustimmung geben werden. Das kann billigerweise von Karlsruhe, dem der verlorene Krieg tiefere Wunden geschlagen hat als irgend einer anderen Großstadt im Westen des Reiches, nicht verlangt werden, daß es seine Zustimmung zur Degradierung zur einfachen Provinzstadt gibt. Das wäre Selbstmord eines Gemeinwesens, das eben anfängt, sich von den furchtbaren Nackenschlägen des unglücklichen Kriegsausgangs langsam zu erholen. Mit Bedauern und Befremden müssen wir feststellen, daß nicht ein einziger unserer Karlsruher Landtagsabgeordneten gegen diese Absichten energisch Front gemacht und einmal die Interessen unserer Stadt in den Vordergrund gestellt hat. Er hätte, weiß Gott, wie wir es auch tun, den Vorwurf, ein Spießbürger zu sein, ruhig in Kauf nehmen können, er hätte aber auch ebenso sicher die volle Unterstützung der überwiegenden Mehrheit seiner Karlsruher Mitbürger gehabt. Man muß neben dem großen Politiker — das sind unsere Landtagsabgeordneten doch alle — auch einmal Lokalpatriot sein können. Und es wäre doch in diesem Falle so leicht gewesen. Man hätte nur darauf hinzuweisen brauchen, wie schwer uns der Verlust der Hofhaltung und unserer Garnison trifft, wie schwer es ist, neue Industrie in unsere Grenzstadt zu bekommen, wie schwer es uns treffen muß, wenn nun auch noch Regierung und Landtag dem „Zug nach Stuttgart" folgen. Würde es denn bei dem Abzug von Regierung und Landtag bleiben? Es würde sicher nicht lange dauern, und Reichsbahndirektion, Oberpostdirektion, Landesfinanzamt und so und soviele andere Behörden würden von Stuttgart geschluckt. Als Karlsruher hat man die verdammte Pflicht, die Dinge auch von dieser Seite zu sehen. Kirchturmpolitik kann manchmal und muß in diesem Fall für die Karlsruher Abgeordneten zwingende Notwendigkeit sein, wenn sie sich den Vorwurf ersparen wollen, das Grab unserer badischen Landeshauptstadt mitgegraben zu haben. Und wenn sie nicht so lokalpatriotisch sein wollten, dann hätten sie wenigstens auf die andere Aufgabe Karlsruhes verweisen müssen, auf die Aufgabe als südwestdeutsche Grenzlandhauptstadt. Grenzlandhauptstadt kann nur eine Stadt sein, die unmittelbar im Grenzland liegt, nur sie kann das Grenzland richtig betreuen und ihre nationalpolitischen Aufgaben richtig erfüllen. Stuttgart ist zu wenig Grenzstadt, um diesen wichtigen Aufgaben im erforderlichen Maß gerecht werden zu können. Wir hätten uns aufrichtig gefreut, wenn wir solche Worte im Landtag gehört hätten, es wäre uns ganz gleich gewesen, welcher Partei der Redner dann angehört hätte. Wir haben diese Worte im Landtag diesmal nicht gehört, wir haben aber heute noch die Hoffnung, daß wir sie, wenn die Frage der Vereinigung Baden-Württemberg im Landtag wieder zur Erörterung kommt, hören werden. Und wenn uns Württemberg einfach mit Haut und Haaren verschlucken will — sei es nun mit oder ohne Fußball — dann sind wir mit dem Zentrumsabgeordneten Kaufmann der Ansicht, daß ein Anlaß zu einer beschleunigten Zusammenlegung nicht vorliegt. Dann wollen wir lieber in unserem badischen Staat als eigene Herren saufen, lebenskräftig zu bleiben, lieber unsere eigene Regierung von zwei oder drei Ministern haben, unseren eigenen Landtag mit nur 40 oder, wenns sein muß, nur 30 Abgeordneten, unsere eigene Landeshauptstadt haben, als das Stiefkind Stuttgarts sein."

„Wir Pforzheimer," schreibt dazu der „Pforzheimer Anzeiger", „haben keinen Anlaß, dem Klagelied von Karlsruhe zuzustimmen, wo unsere Interessen in früherer und neuerer Zeit so oft zurückgesetzt wurden. (Ist das nicht auch Kirchturmspolitik? Schriftl.) Nachdem Karlsruhe den früheren Charakter der Residenz nun einmal verloren hat, kann ihm die Aufrechterhaltung eines matten Scheines auch nichts helfen. Der Gedanke, Karlsruhe zur Hauptstadt Baden-Württembergs machen zu wollen, ist unsinnig. Seiner Lage und Bedeutung nach ist Stuttgart die gegebene Hauptstadt. Die obigen Ausführungen beweisen, daß es in Karlsruhe Politiker gibt, denen der Vorteil der Stadt über den Vorteil des Landes geht. Wollen wir hoffen, daß dieser Einfluß ausgeschaltet wird."

Vorbereitungen zur Räumung.

Wie aus Kaiserslautern berichtet wird, haben die Vorbereitungen für die Räumung der dritten Zone bereits begonnen. Bereits in verschiedenen Garnisonen ist man an der Arbeit, das Inventar der deutschen Güter aufzustellen, die beschlagnahmt waren und von dem 30. Juni zurückgegeben werden sollen. Die Artillerie und die Kavallerie werden aus der dritten Zone Anfang April zurückgezogen werden.

80. Geburtstag des Generalobersten von Linsingen.

Schwerin, 10. Febr. Dem Generalobersten von Linsingen, dem letzten Generalstabschef des zweiten Armeekorps, wurden an seinem heutigen 80. Geburtstag, den er auf dem Gut seines Sohnes, Klein-Helle in Mecklenburg, verbringt, zahlreiche Ehrungen und Glückwünsche zuteil. Eine Reihe von früheren Regimentern, denen Generaloberst von Linsingen besonders nahe stand, haben ebenfalls mit Geschenken oder Glückwunschschreiben des Achtzigjährigen gedacht. Generaloberst v. Linsingen führte im Weltkrieg zunächst das 2. Armeekorps an der Westfront und wurde im Winter 1914/15 mit der Führung der aus Deutschen und Ungarn bestehenden Südarmee in den Karpathen betraut. Im April 1918 wurde er zum Oberstkommandierenden in den Marken ernannt; am 17. November des gleichen Jahres nahm er seinen Abschied.

Ausland.

Mexiko, 11. Febr. Der in Mexiko festgenommene russische Gesandte wurde nach drei Stunden wieder freigelassen.

Besuch Mussolinis beim Papst?

Rom, 11. Febr. Wenn einem Gerücht, das bisher weder dementiert noch bestätigt wurde, Glauben zu schenken ist, so wird Mussolini am Mittwoch vom Papst in feierlicher Audienz empfangen werden. Politisch gesehen, wurde ein Besuch Mussolinis im Vatikan bedeuten, daß die Streitigkeiten über Jugenderziehung, die ein Jahr lang die Gemüter sowohl der Faszisten wie auch der Klerikalen in Italien stark erregt haben, nunmehr beigelegt sind. Die Bedingungen, unter denen dieser Friede geschlossen worden ist, werden jetzt auch bekannt. Die Bischöfe haben den wenigen noch existierenden rein katholischen Tageszeitungen oder Wochenschriften Italiens die Weisung gegeben, zukünftig jede Einmischung in Fragen politischer Natur unbedingt zu unterlassen und sich nur mit Fragen des Glaubens und der Erziehung zu beschäftigen. Darauf hat der Faszismus den Gruppen seiner Jugendverbände Anweisungen gegeben, die frühere von der Kirchenbehörde erhobenen Einwände beheben sollen. Die Jugendverbände haben demnach in Zukunft ausschließlich der körperlichen Ertüchtigung zu dienen, ohne aber dabei in Uebertreibung zu verfallen und vor allen Dingen auf gewisse Rekordleistungen hinzuarbeiten. Hauptsächlich ist aber durchgeführt worden, daß bei allen diesen Leibesübungen eine strenge Trennung der Geschlechter eingehalten werden muß, und zwar ohne Unterschied bei jeder Gelegenheit, also auch bei öffentlichen Vorführungen. Der 11. Februar 1930 bedeutet damit die endgültige Verständigung zwischen Staat und Kirche auch auf dem letzten Gebiet, das bisher noch strittig gewesen ist. In Rom wird aus Anlaß der Wiederkehr des 11. Februar, an dem voriges Jahr die Lateran-Verträge unterzeichnet wurden, geflaggt.

Ein Brief des belgischen Königs.

Eine politische Sensation bedeutet ein Brief des Königs Albert an den Premierminister Jaspar, worin dieser selbst in eine Polemik eingreift, die in Belgien schon seit 10 Jahren geführt wird. Es handelt sich um die Ernennung der ersten Regierung nach dem Kriege, der Regierung Delacroix, die in Belgien das allgemeine Wahlrecht einführte, was nach Ansicht

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der belgischen Nationalisten nur durch sozialistische Intriguen und sonstige Machenschaften möglich war. Der König ergreift die Verteidigung der Sozialisten und seine eigene. Er schreibt, man verbreite neuerdings eine Legende — die Frage ist durch die Veröffentlichung eines Buches aktuell geworden — in der er als Opfer von Intriguen schlechter Burger zitiert werde. Er verlange demgegenüber für sich das Recht, seine Würde als Mensch und als Staatsbürger zu verteidigen. Außerdem habe er die Pflicht, die Ehre derjenigen zu verteidigen, denen politische Machenschaften vorgeworfen werden. Der König schließt seinen Brief mit eindeutigen Erklärungen, aus denen hervorgeht, daß niemals jemand versucht hat, ihm eine Revolution vorzuspiegeln, wenn er der Demokratie keine Konzessionen mache. Dieser Brief hat besonders in nationalistischen Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Der Brief trägt einen außerordentlich politischen Charakter. Die innerpolitische Lage Belgiens hat sich in letzter Zeit so zugespitzt, daß man trotz des viel gehegten Wunsches, die Jahrhundertfeier im Frieden zu verbringen, Grund hat, das Gegenteil zu befürchten. Die Flamenfrage droht alle zentrifugalen Kräfte Belgiens zu mobilisieren. Gestern noch ist der Kronprinz in Antwerpen ausgepfiffen worden. Jaspar hat Mühe, seine Regierung zusammenzuhalten, da die Lösungen zur Flamenfrage, die ihm aus den verschiedenen Lagern seiner Mehrheit vorgeschlagen werden, sich diametral entgegenstehen. Er hat sich daher zu einer großen Geste entschlossen. Er will eine Regierung der nationalen Einheit schaffen. Der Königsbrief will die Sozialisten zur politischen Mitarbeit auffordern, von denen vorläufig ein Parteibeschluß vorliegt, der eine Regierungsbeteiligung ohne vorherige Neuwahlen verbietet.

Kriegspropaganda in Rußland.

Moskau, 11. Febr. Heute wurde hier nach einer Parade von etwa 20000 Mitgliedern der Gesellschaft Ossaviachim der Union-Kongreß dieser Organisation eröffnet. Sie umfaßt zurzeit rund 5 Millionen Arbeiter und Angestellte und dient zur Stärkung der Verteidigungskräfte der Sowjet-Union durch Ausbildung der Bevölkerung für den Gaskrieg, der Sammlung für den Bau von Flugzeugen und Tanks und so weiter, endlich zur Ausbildung ihrer Mitglieder als Schützen und Reitertruppen. Der Kongreß wurde mit einer Rede Rykows über die internationale Lage und mit einer Ansprache Woroschilows über die Aufgaben der Organisation eingeleitet. Der Zweck dieser Kongreßveranstaltung ist Werbung neuer Mitglieder. Die Notwendigkeit für eine starke Erhöhung der Mitgliederzahl begründen die Blätter mit der wachsenden sowjetfeindlichen Stimmung kapitalistischer Länder, die zu neuen Interventionskriegen führen könnte. Daher müsse Rußland durch militärische Ausbildung seiner Bürger zu einer uneinnehmbaren Festung gemacht werden.

Volkskommissar Rykoff über angebliche Anti-Sowjet-Campagne

Moskau, 10. Febr. In einer Rede auf dem Kongreß der Gesellschaft zur Förderung des Verteidigungswesens, der Luftfahrt und der Chemischen Industrie der Sowjetunion berührte Rykoff auf die neue Anti-Sowjet-Campagne der ausländischen, insbesondere der englischen Presse anläßlich angeblicher religiöser Verfolgungen in der Sowjetunion. Rykoff führte aus: Während gemäß der englischen Gesetzgebung Ketzerei, Gotteslästerung und Atheismus auch jetzt noch strafrechtlich verfolgt wird, was sogar vor kurzem im Parlament erörtert wurde, gewährleistet die Sowjetgesetzgebung völlige Glaubensfreiheit und in der Sowjetunion kann von irgend welchen Verfolgungen wegen dieses oder jenen religiösen Bekenntnisses keine Rede sein. Obwohl in der Sowjetunion atheistische Grundsätze vorherrschen, wird kein einziger Geistlicher wegen Verrichtung religiöser Amtshandlungen einer Verfolgung ausgesetzt. Alle Märchen von Verfolgungen Geistlicher werden ausschließlich zum Zwecke der Verstärkung der Hetze gegen die Sowjetunion verbreitet. Von wachsender Feindseligkeit zeugte der jüngste Freispruch der Wechselfälscher durch ein französisches und der Tscherwonzfälscher durch ein deutsches Gericht. Diese wachsende Feindseligkeit ist kein Zufall und deutet auf Versuche hin, die öffentliche Meinung auf einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten.

Aus Stadt und Bezirk

Reutlingen, 12. Febr. (Landesausstellung für Lehrlingsarbeiten.) Wie uns die Handwerkskammer Reutlingen mitteilt, haben nachstehende Lehrlinge aus dem Bezirk, die sich an der vom Landesgewerbeamt in Stuttgart im Herbst 1929 veranstalteten Lehrlingsausstellung beteiligt haben, 11. Preise erhalten: Schuhmacherlehrling Gustav Schilling, bei Herrn Wilhelm Reutlinger jr. in Calmbach, Zimmerlehrling Karl Mayer bei Herrn Friedrich Mayer in Wildbad.

(Wetterbericht.) Hochdruck beherrscht die Wetterlage. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch heiteres, trockenes und frostiges Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Stuttgart, 10. Febr. (Herabsetzung des Sparkassenzinsfußes.) Infolge weiterer Herabsetzung des Reichsbankdiskonts haben die Württ. Landessparkasse und die Städtische Sparkasse Stuttgart sowie die Städtische Girokasse für Groß-Stuttgart ebenfalls eine einhalbprozentige Ermäßigung eintreten lassen und zwar für Giro- und Festeinlagen ab sofort bzw. vom nächsten Verfalltag an, für Sparkasseneinlagen ab Montag, 10. Februar.

Stuttgart, 11. Febr. (Zwei Personen durch Gas vergiftet.) In der Garage eines Hauses der Gutenbergstraße wurden am 10. Februar nachmittags ein 21 Jahre alter Mann und ein 20 Jahre altes Mädchen bewußtlos aufgefunden. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß sich beim Anlaufenlassen des Motors eines Personenkraftwagens Gase entwickelten, wodurch die beiden Verunglückten sich eine Vergiftung zuzogen. Nach erfolgreicher Anwendung des Sauerstoffapparats wurden beide Personen nach dem Katharinenhospital übergeführt.

Heilbronn, 11. Febr. (Gläubigerversammlung der Wanko-Werke A.G.). Eine Gläubigerversammlung der Wanko-Werke A.G. Heilbronn ergib ein katastrophales Bild der in Konkurs gegangenen Firma. Das Aktienkapital in Höhe von 40 000 Mark ist aufgebraucht, die nicht bevorrechteten Gläubiger mit ihren Ansprüchen in Höhe von 40000 Mark, ein Teil der bevorrechteten Gläubiger mit Ansprüchen in Höhe von 5000 Mark und ein Teil der Hypothekengläubiger gehen leer aus. Im Ganzen ist eine Schuldenlast in Höhe von 130 000 Mark entstanden. Die Wanko-Werke A.G. sind vor einigen Jahren unter Beteiligung von Amtskörperschaft, Stadt und Kriegsfürsorgebehörde aus der damaligen hiesigen Verwundetenschule hervorgegangen, um den in der Verwundetenschule ausgebildeten Leuten dauernde Beschäftigung zu verschaffen. Schon im vorletzten Geschäftsjahr hatte sich eine Unterbilanz ergeben. Deshalb griff im November v. J. die Amtskörperschaft nochmals ein und es kam ein Vertrag auf Uebereignung der Immobilien der Gesellschaft auf die Oberamtssparkasse zustande. Dieser Uebereignungsvertrag wurde in der Gläubigerversammlung als ein den guten Sitten widersprechender Knebelungsvertrag bezeichnet und man hat deshalb Anfechtungsklage eingereicht. Festgestellt wurde auch, daß die Bücher sehr schlecht geführt worden sind. Stadt und Amtskörperschaft sind bei dem Zusammenbruch ebenfalls erheblich geschädigt.

Neckarsulm, 11. Febr. (Volle Arbeit bei NSU.) Wie man hört, wollen die NSU-Fahrzeug-Werke in Neckarsulm ab Mitte des Monats die volle Arbeit wieder aufnehmen. Es wird damit auch eine Wiedereinstellung von Arbeitskräften verknüpft sein.

Tailfingen, OA. Balingen, 11. Febr. (Selbstmord.) Am Samstag abend nahm sich der 21 Jahre alte Werkführer Eugen Bizer das Leben. Verzweiflung über ein aufgelöstes Liebesverhältnis hat den jungen Menschen in den Tod getrieben. Ein an das Mädchen kurz vor Ausführung der Tat gerichteter Abschiedsbrief gibt Aufschluß über die verzweifelte Verfassung des jungen Mannes in den letzten Tagen.

Bitz, OA. Balingen, 11. Febr. (Eine Wildschweinjagd.) Am Sonntag war den hiesigen Jägern ein seltenes Jagdglück beschert. Erst vor einigen Tagen erfuhren sie, daß auf der Markung Neufra ein Wildschwein stand. Der frischgefallene Schnee ermöglichte nun eine Verfolgung der Fährte und nach einer halben Stunde Treiben hatte es einer der Jäger vor der Büchse und streckte es nieder.

Bellamont, OA. Biberach, 12. Febr. (Jäher Tod.) Vor Beginn des Festgottesdienstes aus Anlaß des Kirchenpatroziniums erlitt am Sonntag Privatier Josef Ruf aus der Teilgemeinde Kemmat einen Schlaganfall, dem der 71jährige, noch rüstige Mann erlag.

Heidenheim, 11. Febr. (Vergleichsverbindung Zoeppritz verschoben.) Da die Verhandlungen des Gläubigerausschusses mit den Banken betreffend der Auszahlungsgarantie im Quotenvergleich Gebr. Zoeppritz-Mergelstetten noch schweben, wurde beim Gericht der Antrag gestellt, den Termin der Beschlußverkündigung um 8 Tage zu verschieben. Diesem Antrag wurde stattgegeben und die Beschlußverkündigung auf Dienstag, den 18. Februar, festgesetzt.

Baden.

Pforzheim, 11. Febr. Am Montag morgen hat sich ein 29 Jahre alter Goldarbeiter vergiftet. Die Nacht vorher war er mit seiner Frau auf einem Maskenball. Das Motiv zur Tat ist Eifersucht.

Bruchsal, 10. Febr. Abermals wurde hier eine Schwarzbrennerei größeren Stils an der Straße nach Untergrombach entdeckt. Die Inhaber, 2 Karlsruher, hatten dort ein Gartengrundstück gepachtet und Erlaubnis für einen Hausbau geholt. Statt dessen bauten sie einen Raum für eine moderne Brennerei mit 6 großen Halbstückfässern. Der erzeugte Schnaps hat wohl keine Abnehmer gefunden, und so fand man 1000 Liter Schnaps und mehrere Fässer Benzin. Die Fäden dieser Geheimbrennerei führen in das Bühlertal. Es dürften noch weitere Verhaftungen erfolgen.

Vermischtes.

Die „ungenügende Vorbildung“. Vor dem Kölner erweiterten Schöffengericht begann Montag vormittag ein großer Korruptionsprozeß gegen 5 Angeklagte des Katasteramtes, die beschuldigt werden, den Staat und bekannte Kölner Persönlichkeiten um fast 60 000 Mark geschädigt zu haben. Die Beschuldigten haben Kolner Hausbesitzer aufgesucht und sich als Steuerberater empfohlen und dabei durchblicken lassen, daß sie gegen Provision von 20 bis 25 Prozent die Hauszins- und Grundsteuer reduzieren könnten. Sie haben dann entsprechende Aenderungen in den Akten vorgenommen und auf diese Weise die Steuersumme um erhebliche Beträge zum Schaden des Fiskus herabgesetzt. Die Angeklagten entschuldigten sich vor Gericht damit, daß sie keine genügende Vorbildung (!) zur Ausübung ihres Amtes besessen hätten.

Absturzsicheres Flugzeug. Die Fokker-Wulf-Flugzeugwerke in Bremen haben einen neuen Typ des absturzsicheren Flugzeuges, den Typ „Habicht“, Sonntag nachmittag in Tempelhof vorgeführt. Der Chefpilot der Deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt, v. Köppen, zeigte den „Habicht“ in allen möglichen Fluglagen bis fast zur Rückenlage, um die neue Maschine irgendwie zum Trudeln zu bringen. Die Maschine kam immer wieder in die normale Lage zurück und kann als absturzsicher bezeichnet werden. Das vorgeführte Flugzeug ist äußerlich der normale Verkehrshochdecker für fünf Passagiere mit geräumiger, gut eingerichteter Kabine. Die Form des Flügels erinnert an das Grundprinzip der Taubenkonstruktion.

Petroleum ins Feuer. Die beiden 12 und 14 Jahre alten Knaben eines Eisenbahner-Ehepaares in Kadrizin in Oberschlesien wollten in der Küche Feuer anmachen und gossen auf das Holz Petroleum. Die Kanne explodierte und im Nu standen die Kleider der beiden in Flammen. Sie erlitten so schwere Brandwunden, daß sie im Krankenhaus kurz darauf ihren Verletzungen erlagen. Die Eltern, die im Nebenzimmer waren, hörten die Explosion. Sie stürzten in die Küche, mußten sich aber, da die Kinder von Flammen umhüllt waren und der Fußboden ebenfalls Feuer fing, selbst durch einen Sprung aus dem Fenster retten.

Ein 105jähriger wird operiert. Der äußerst seltene Fall der Vornahme einer schweren Operation an einem mehr als 100 Jahre alten Mann wird aus Reval berichtet. In einem der dortigen Krankenhäuser wurde vor einigen Tagen ein alter estländischer Bauer eingeliefert, der über unerträgliche Schmerzen an seinem rechten Bein klagte. Die Untersuchung ergab, daß das Bein vom sogenannten „Greisenbrand“, einer Alterskrankheit, befallen war und den Mann nur schleunige Amputation des kranken Gliedes retten konnte, um ein Weiterumsichgreifen der Erkrankung zu verhüten. Bei der Feststellung der Personalien des Landmannes wurde aus seinen Papieren ermittelt, daß er der im Jahre 1825, also vor 105 Jahren geborene Sohn eines estnischen Bauern aus dem Dorfe Hapsal ist. Der Alte, der geistig und auch bisher körperlich durchaus frisch und rüstig ist, hat fast 50 Jahre lang als Soldat in der russischen Armee gedient und war bis zum Rang eines Stabsfeldwebels aufgestiegen. In einer ganzen Reihe russischer Feldzüge hat er gefochten und ist mehrfach ausgezeichnet worden. Die Operation hat dem Greis nichts geschadet. Er ißt und trinkt mit gutem Appetit und die Aerzte rechnen bestimmt, ihn in einigen Tagen als völlig geheilt entlassen zu können.

Auch Schaljapin gepfändet. Kaum hört man, daß die große Filmdiva Pola Negri ihre Perlenkette dem Gerichtsvollzieher hat überlassen müssen, weil sie Schulden hat, und zwar an ihren Manager, da kommt aus Bukarest die Meldung, daß auch Schaljapin, den viele für den bedeutendsten Sänger der Gegenwart halten, intime Bekanntschaft mit den rechtens so unbeliebten blauen Vögeln des Gerichtsvollziehers gemacht hat. Allerdings lag hier die Sache ein wenig anders — und endete auch günstiger. Schaljapin hatte an der königlichen Oper zu Bukarest gesungen und als Honorar 1,2 Millionen Lei erhalten, was ungefähr in deutschem Geld 30 000 Mark sind. Nun blüht in Rumänien augenblicklich das steuerliche Spitzelwesen wie nirgendwo anders, denn die Regierung zahlt auch jedem Privaten, der eine hinterzogene Steuersumme nachweist, ansehnliche Prozente. So hatten sich einige Leute in Bukarest gefunden, die, als sie von den großen Einnahmen Schaljapins hörten, sofort zur Behörde liefen und fragten, ob der Künstler denn auch seine Einkommensteuer bezahlt habe. Die Steuerbehörde ließ sich das nicht zweimal sagen, 2 Beamte stürzten, ohne erst nähere Information einzuziehen, ins Hotel Schaljapins, der gerade weiterreisen wollte, und versiegelten sein gesamtes Gepäck. Schaljapin tat das klügste, was zu tun war; er rief den Theaterdirektor zu sich und fragte ihn vor den Beamten,

---

Die Brandstifterin

Roman von Erich Ebenstein.

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es ist beschlossen, daß der Großreicher den abgebrannten Ketten-Hiesl-Hof um jeden Preis kauft.

Nein — nicht um jeden Preis, sondern nur um einen so hohen, daß die Schulden bezahlt werden können und der Witwe noch genug zu einem bescheidenen Leben bleibt. So hoch wird er ihn hinauftreiben.

Er rechnet. Die Schulden, die am Anwesen liegen, betragen, wie ihm der Bürgermeister gesagt, etwas über zwanzigtausend Mark, geschätzt ist der Hof auf fünfzigtausend Mark, doch wird er jetzt, wo die Gebäude fehlen, höchstens um fünfundzwanzig bis dreißigtausend Mark ausgeboten werden. Man muß ihn also hinauftreiben bis auf mindestens sechzigtausend Mark. Dann kann sich die Jula irgendwo ein kleines Häusel mit einem Stück Grund kaufen, das sie zur Not ernährt. Zum Beispiel die Binder-Keuschen im oberen Ort, die jetzt zu haben wären, weil der Binder gestorben ist und die Witwe nach Dutschach zu ihrem Sohn ziehen will.

Der Großreicher hat seinen Hof erreicht.

Unter der Haustür steht die Brigitte.

„Bauer,“ sagt sie, „müßt nit erschrecken, es ist halt was Unvorhergesehenes vorkommen — der Peterl ist da! Tut ihn aber nicht hart anfassen, denn erstens ist er krank und zweitens kann er wirklich nix dafür!“

Der Großreicher ist jäh stehen geblieben.

„Nix dafür —? Für was? Hat er was angestellt?“

„Beileib nit! Ganz ungerecht haben sie ihn beschuldigt, er hätt' eine Katz' erschlagen. Wo er doch gar nix weiß davon, und das Vieh nicht einmal angerührt hat —. Und weil's die Katz' vom Direktor war, sind nachher seine Schulkameraden alle über den armen Buben her und haben ihn halb tot geschlagen —.“ Der Bauer weiß genug.

„Recht ist ihm geschehen! Denn so gewiß ich da steh, so gewiß hat er's getan! Wo ist der Bub?“

Er fragt es streng, mit drohend gefurchten Brauen. Brigitte will ihn noch weiter besänftigen.

„Geb ihm kein hartes Wort, Bauer! Bedenkt's, es ist Euer Kind, und er ist ganz dahin —.“

Ohne zu antworten, schreitet er an ihr vorüber in die Stube. Aber als er dort auf der Ofenbank die zusammengekauerte Jammergestalt mit verbundenem Kopf und blaugeschlagenem Gesicht erblickt, empfindet er doch Mitleid.

Diesmal haben andere bereits das Strafamt am Peter vollzogen und, wie es scheint, gründlich —

„Na — dich haben sie sauber zugerichtet!“ sagt er. „Aber verdient wirst's wohl haben! Bist davongelaufen, oder haben sie dich fortgeschickt?“

„Davongelaufen,“ ächzt Peter, „und ich bitt' Euch zu tausendmalen, behaltet mich wieder da, Vater! — In die Stadt mag ich nimmer — werd' schon brav sein und fleißig arbeiten — —“

Das alte Lied! Der Großreicher kennt es zur Genüge. Aber was will er machen? Der Junge ist doch nun einmal sein Sohn, so muß er sein Kreuz wohl weitertragen.

„Mach, daß du ins Bett kommst jetzt,“ sagt er zu Peter. „Die Brigitte soll dir kalte Umschläge machen. Was weiter mit dir geschieht, wird sich zeigen. Morgen ist auch noch ein Tag!“

Damit will er in seine eigene Stube hinüber, bleibt aber plötzlich stehen und blickt sich suchend um. Er hat Tiger vermißt, der ihn sonst stets freudig winselnd hier erwartet, wenn er heimkommt. Er ist an das Tier gewöhnt und hat es so lieb wie einen Freund.

„Wo ist der Hund?“ fragte er, und Brigitte beeilte sich zu antworten: „Wir haben ihn müssen an die Kette tun, denn er hat den Buben angefallen — wahrscheinlich hat er'n nit kennt, weil der Peter den Kopf so verbunden hat!“

Der Großreicher lächelt bitter.

„Nit kennt? Nur zu gut hat er'n erkannt! Tiere haben halt ein gutes Gedächtnis —!“

XIII.

Frau Beidler steht mit strenger Miene vor ihrer Schwiegertochter. „Jawohl, meine liebe Rosi, so ist es! Wenn Paul sich damals nicht in dich verguckt hätte, würde er ganz andere Partien haben machen können! Du mußt es heute ja selber sehen, was er gilt bei den Leuten und wie sich alle reißen um seine Gesellschaft!“

„Ja — das merk ich wohl! Die Frau Fröhlich zum Beispiel, die ihn am liebsten gar nimmer von sich lassen möcht!“ unterbrach Rosel die Schwiegermutter stürmisch. „Das ist's ja, worüber ich mich beklage! Jeden Abend sitzt er bei ihr oben, und ich, sein Weib, muß allein daheimhocken! Das gehört sich nicht, und ich brauch's nicht zu dulden, daß er mich zum Spott für alle Leut macht! Lang genug bin ich still gewesen zu allem, aber wo er jetzt gar von mir verlangt, ich soll der Person den Dienstboten machen, weil's keine Magd bei ihr aushalten kann — —“

„Mäßige dich doch ein wenig, liebe Rosi,“ sagt Frau Beidler würdevoll. „Erstens ist Frau Marta Fröhlich keine „Person“, sondern eine gebildete Dame, an der du dir nur ein Beispiel nehmen könntest, was guten Ton und Manieren anbelangt, und zweitens verlangt Paul ja durchaus nicht, daß du ihren „Dienstboten“ machen sollst. Er hat dich nur ersucht, sie vorläufig in die Kost zu nehmen und durch Euer Mädchen oben aufräumen zu lassen. Das ist nur natürlich, wenn man in Betracht zieht, daß sie momentan nur ihre Jungfer zur Bedienung hat, Eure Hauswirtin ist und Paul ihr so außerordentlich zu Dank verpflichtet ist!“

„Nein, es ist gar nicht natürlich, denn die Leut reden schon genug über uns, weil Paul so viel bei ihr oben steckt! Auch du mußt das wissen, Mutter! Und grad von dir hab' ich gehofft, du wärst auf meiner Seite und würdest mir helfen! Wo du doch immer so viel auf Anstand gehalten hast, nur Ihr in der Stadt wißt, was sich gehört, und bei uns draußen am Land wär alles schlecht! Und jetzt — wo ich dir grad erzählt hab', daß unser eigener Dienstbote zur Hausbesorgerin gesagt hat, für die Geliebte vom Herrn tät sie nicht einen Finger rühren, weil ich ihr dazu zu lieb wär — ich hab's doch mit eigenen Ohren gehört, wie sie gestern abend unten in der Waschküche geschwätzt haben —“

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ob er nicht wie vertraglich abgemacht, sämtliche Abgaben und Steuern für ihn beglichen hätte. Der Direktor war in der Lage, augenblicklich nachzuweisen, daß dies geschehen sei — und tief betrübt zogen die Steuerbeamten, um eine Provision, deren sie sich schon ganz sicher geglaubt hatten, ärmer, wieder ab.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 11. Febr. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 30 Ochsen, 24 Bullen, 300 Jungbullen (unverkauft 17), 333 (33) Jungrinder, 236 Kühe, 878 Kälber, 1539 (50) Schweine, 2 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 50—53 (letzter Markt 49—53), b 45—48 (44—48), Bullen a 50—52 (49—51), b 46—48 (45—48), Jungrinder a 53—56 (52—55), b 48—51 (46—50), c 44—46 (44—45), Kühe a 41 bis 45 (—), b 31—38 (—), c 24—29 (—), d 18—22 (—), Kälber b 75—79 (72—75), c 70—74 (65—70), d 60—68 (57—62), Schweine a fette über 300 Pfd. 83—85 (81—83), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 84—85 (82—83), c von 200—240 Pfd. 84—85 (81—83), d von 160 bis 200 Pfd. 82—84 (81—82), e fleischige von 120—160 Pfd. 81 bis 82 (78—80), Sauen 62—71 (60—68) Mk. Marktverlauf: mäßig belebt, Ueberstand in Jungbullen.

Neueste Nachrichten.

Maximiliansau, 11. Febr. In den letzten Tagen wurden von der deutschen Gendarmerie in den Rheinanlagen unweit der Linoleumfabrik zwei Angehörige der französischen Brückenwache, ein Korporal und ein Soldat, beim Schlingenlegen ertappt. Schon seit längerer Zeit sind diese wildreichen Rheinanlagen geradezu mit Schlingen bespickt.

Germersheim, 11. Febr. Die Stadt Germersheim erhielt Mittel zur weiteren Ausführung restlicher Entfestigungsarbeiten, sodaß ein großer Teil der Ausgesteuerten auf absehbare Zeit beschäftigt werden kann.

Neustadt a. d. Hardt, 11. Febr. Eine der bekanntesten Weinhandlungen in Württemberg, die Fa. S. Schwarz in Rottweil a. N., teilt in einem Rundschreiben ihren Gläubigern mit, daß sie sich gezwungen sieht, ihre Zahlungen einzustellen. Von dieser neuen Insolvenz wird der pfälzische Weinhandel sehr stark betroffen. Man spricht hier von pfälzischen Engagements bis zu zwei Millionen Mark. Näheres bleibt abzuwarten.

Darmstadt, 11. Febr. Die Christlichen Gewerkschaften Hessens haben in einer Sitzung in Darmstadt beschlossen, dem Beschlusse der badischen und württembergischen Gewerkschaften auf Vereinheitlichung der beiden Länder zu folgen und Zusammenschlußbestrebungen Hessens mit Baden und Württemberg in die Wege zu leiten. Einem Anschluß an Preußen steht man in den Kreisen des Christlichen Gewerkschaftsbundes nicht sehr freundlich gegenüber.

Detmold, 11. Febr. Die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Landvolk- und Mittelpartei im lippischen Landtag haben nunmehr die bereits vor einiger Zeit angekündigte Klage gegen das lippische Landespräsidium beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig eingereicht. Die genannten Fraktionen beantragen, festzustellen, daß der vom lippischen Landespräsidium für das Land Lippe im Okt. oder November 1929 ohne Zustimmung des lippischen Landtags aus Mitteln des lippischen Landesvermögens vorgenommene Erwerb von 14 Anteilen der Firma Dörentruper Sand- und Tonwerke G. m. b. H. in Dörentrup verfassungswidrig sei.

Berlin, 12. Febr. Der Entwurf des Reichsernährungsministers über das neue Brotgesetz ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß unter der Bezeichnung „Roggenbrot" nur Brot verkauft werden darf, das mindestens zu 95 Prozent aus Roggen hergestellt ist. Unter der Bezeichnung „Weizenbrot" darf nur Brot verkauft werden, das mindestens zu 95 Prozent aus Weizen hergestellt ist. Brot, das aus einer Mischung hergestellt ist, darf nur unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Mischbrot" verkauft werden. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Höchstgrenze der Zusätze zu ändern, falls es der Ausfall der Ernte bei inländischem Roggen oder Weizen erfordert. Der Gesetzentwurf droht Geldstrafe bei Zuwiderhandlungen an. Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt Geldstrafe bis zu 150 RM. ein.

Berlin, 11. Febr. Die Aufeinanderfolge räuberischer Ueberfälle auf Landposten hat in der Oeffentlichkeit begreifliche Unruhe erregt. Die Deutsche Reichspost wird ihrem Personal erhöhten Schutz angedeihen lassen. Abgesehen davon, daß die Polizeibehörden der Unsicherheit auf den Landstraßen mit verschärften Mitteln entgegentreten werden, sollen Postbegleiter auf gefährdeten Strecken mit Schußwaffen ausgerüstet werden, damit sie jederzeit in der Lage sind, sich zur Wehr zu setzen.

Berlin, 11. Febr. Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden hat den Beschluß gefaßt, seine sämtlichen Mitglieder und die dem Bunde angeschlossenen Verbände aufzufordern, vom 15. bis 28. Febr. als Protest gegen die Erhöhung der städt. Werktarife nach Geschäftsschluß die Schaufensterbeleuchtung einzustellen und auch die Reklameinschriften nicht mehr leuchten zu lassen. An der Aktion sollen sich rund 40000 Berliner Ladengeschäfte aus den verschiedensten Branchen beteiligen.

Berlin, 11. Febr. Die Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft beschloß, 500 Mann des technischen Personals zu entlassen. Die B.V.G. hat sich hierzu infolge der Sparmaßnahmen entschließen müssen, nachdem der kommunistische Arbeiterrat den angebotenen Ausweg, eine Feierschicht pro Woche einzulegen, abgelehnt hätte. Die Entlassungen werden bereits vom Mittwoch ab durchgeführt werden. Infolge der oppositionellen Haltung der Funktionäre ist damit zu rechnen, daß noch weitere Entlassungen auch in anderen Abteilungen erfolgen.

Meldorf (Süderdithmarschen), 11. Februar. Der weit über die Provinz Schleswig-Holsteins hinaus mit Spannung erwartete sogenannte Wöhrdener Prozeß nahm heute im Kreishaus zu Meldorf seinen Anfang. Der Prozeß soll die gerichtliche Sühne für die schweren politischen Zusammenstöße in Wöhrden vom Februar und März vergangenen Jahres bringen. Angeklagt sind im ganzen 16 Personen, von denen einige an den beiden Zusammenstößen, die vor dem Gericht zur Aburteilung gelangen, beteiligt gewesen sein sollen. Die Angeklagten leugnen nicht, an diesem Tage dabei gewesen zu sein, wollen aber nicht tätlich geworden sein.

Rom, 12. Febr. Der italienische Botschafter beim Heiligen Stuhl überreichte dem Papst ein Geschenk, das ihm die italienische Regierung zu seinem Priesterjubiläum darbietet. Das Geschenk besteht aus einem Chorrock aus Brüßler Spitzen. Der Papst nahm das Geschenk mit den Worten entgegen, er werde das Chorhemd morgen in der Sixtinischen Kapelle bei der Feier des Jahrestages seiner Krönung anlegen.

Rom, 12. Febr. Der König hat dem Kardinal Gasparri den Annunziaten-Orden verliehen.

Triest, 11. Februar. Ein schweres Bombenattentat gegen die faszistische Zeitung „Popolo di Trieste" wurde gestern verübt. Um 10.30 Uhr, zurzeit des Hochbetriebs der Redaktion und Druckerei, erfolgte plötzlich eine heftige Explosion. Von unbekannten Tätern, vermutlich Antifaschisten, war auf den Treppenabsatz des ersten Stockwerkes eine 32 Kilo schwere Bombe gelegt und mit einer Zündschnur versehen. Die Detonation war ungeheuer. Im ganzen Haus brach eine schwere Panik aus. Vier Schwerverletzte sind das Opfer des Attentats. Ein Redakteur, dem sofort beide Beine amputiert werden mußten, dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Explosion richtete große Verwüstung an. Durch den Luftdruck wurden sämtliche Fenster zertrümmert. Die Splitter des fürchterlichen Geschosses zerfetzten Mauern und Türen. Auch der Stiegenaufgang ist entzweigerissen. Von den Tätern konnte noch keine Spur ermittelt werden. Faschistische Kreise sprechen von einem Racheakt der südslawischen nationalistischen Organisation „Orjuna".

Montbelson (Departement Loire), 11. Februar. Ein von Paris kommender Personenzug stieß mit einer Rangierlokomotive zusammen. Die Lokomotive des Personenzuges stürzte um und fiel auf das Häuschen eines Schrankenwärters. Die Tochter des Schrankenwärters wurde getötet, der Lokomotivführer kam ebenfalls ums Leben. Mehrere Reisende haben leichte Verletzungen davongetragen. Der Verkehr muß für 24 Stunden umgeleitet werden.

Jerusalem, 10. Febr. Eine englische Forschungsexpedition unter Leitung von Prof. Garstang hat nunmehr teilweise die Mauern der alten Zitadelle von Jericho freigelegt. Die Zitadelle hat die Form eines großen Befestigungsturmes, dessen Steinmauern 3,6 Meter breit und noch bis zu einer Höhe von etwa 9 Metern gut erhalten sind. Weiterhin sind Reste von alten Häusern gefunden worden, die wie Spuren beweisen, durch einen großen Brand vernichtet wurden. Die Zitadelle ist um das Jahr 2000 vor Christi erbaut worden.

Chicago, 11. Febr. In einer Kissen- und Matratzenfabrik, deren Betrieb im siebten und achten Stockwerk eines Geschäftsgebäudes untergebracht war, brach ein Brand aus. Kapok und andere leicht brennbare Materialien standen in kurzer Zeit in Flammen und versperrten den 200 Angestellten den Weg ins Freie. Trotz der beträchtlichen Höhe blieb nichts anderes übrig, als die Rettung mit dem Sprungtuch zu versuchen. Die meisten überstanden den Sprung in die Tiefe, wenn auch nicht immer heil, so doch nur mit geringfügigen Verletzungen. Ein junges Mädchen jedoch stürzte so unglücklich ins Sprungtuch, daß sie einen tödlichen Schädelbruch davontrug. Diejenigen, die den Entschluß zu dem Sprung nicht aufbringen konnten, waren eine Zeit lang in einer fürchterlichen Lage, da die pneumatischen Leitern der Feuerwehr zu solchen Höhen nicht hinaufreichen. Sie hingen verzweifelt an den Fensterbrüstungen des brennenden Gebäudes, bis die Feuerwehr mit Hakenleitern einen Leitergang hergestellt hatte, über den jene in Sicherheit gebracht wurden.

Die Regierung gegen den Städtetag.

Das Staatsministerium hat heute dem Städtetag folgendes Schreiben zugehen lassen: „Die Regierung anerkennt in vollem Umfang die Befugnis des Städtetages, an dem Entwurf eines Aenderungsgesetzes zur Landessteuerordnung und zum Gemeindesteuergesetz sachliche Kritik zu üben. Auf den sachlichen Inhalt der Kritik wird die Regierung an der geeigneten Stelle eingehen und dabei Abänderungsvorschläge ernsthaft prüfen. Etwas anderes ist es, daß die Kritik in Form und Ton die Grenzen einhalten muß, die von den Stadtvorständen, den Trägern der Autorität in den Städten des Landes, gegenüber der obersten staatlichen Autorität erwartet werden muß. Diese Grenzen sind nicht eingehalten worden, wenn nach den Zeitungsberichten über die Sitzung des Städtetags vom 7. ds. Mts. Stadtvorstände von einem „Machwerk der Regierung", von „leichtfertig ausgesprochener Unwahrheit", von „einer ganz unehrlichen Machination", von „bewußt falscher Behauptung" gesprochen haben oder wenn gesagt wurde, „die Regierung hetze die Gemeinden wie Hunde auseinander", „wenn man den Regierungsentwurf betrachtet, finde man, daß der badische Minister Remmele mit seiner angeblichen Aeußerung, daß Württemberg einen niederen Kulturstand habe, dem Land Württemberg das richtige Zeugnis ausgestellt habe", „der Staat, der das tue, ... habe kein Lebensrecht mehr, der ethische Staatsbegriff, die Sorge für die allgemeine Wohlfahrt, existiere nicht mehr und darum seien die Länder überlebt und gehören weg", „ein halbes Jahr sei verludert worden, ohne daß etwas geschehen sei", „die Regierung solle sich auf ihren Allerwertesten setzen und sich den Kopf zerbrechen, wie sie etwas besseres zustande bringe", „man könnte meinen, daß es die Arbeit eines schlechten Obersekretärs sei, dem jede Stadt die Anstellung verweigern würde". Es mag sein, daß einzelne Aeußerungen in den Berichten der Tagesblätter nicht in jedem Wort zutreffend wiedergegeben sind. Die Regierung sieht davon ab, in einem Untersuchungsverfahren die Aeußerungen feststellen zu lassen. Jedenfalls ist der Ton unerhört. Die Regierung verbittet sich diesen Ton auf das ernsthafteste. In den Augen ruhig denkender Bürger hat der Städtetag vor allem sich selbst und der Autorität der Stadtvorstände geschadet. (gez.) Bolz, Staatspräsident."

Aus dem Finanzausschuß.

Stuttgart, 11. Febr. Vor Beginn der heutigen Sitzung erläuterte der Vorstand der Chirurgischen Abteilung Professor Dr. Kirschner den Plan des Neubaues der Klinik. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Ulrich (Soz.), dankte ihm hierfür. In Fortsetzung der Etatberatung berichtete Abg. Winker (Soz.) über Kap. 74 (Staatsschuld). In der vorgesehenen Ausgabe von 1,75 Millionen Mark für die Verzinsung der Staatsschuld stecken nach Ansicht des Berichterstatters stille Reserven. Er beantragt, diesen Betrag auf 200 000 Mark herabzusetzen. Der Finanzminister und mehrere Abgeordnete wenden sich hiergegen. Der Antrag Winker wird abgelehnt. Kap. 74 bis 79 werden angenommen. Bei Beratung der Einnahmen aus Nutzungen des Staatsvermögens berichtet Abg. Dr. v. Hieber (Dem.) über Kap. 88 (Domänen). Der Finanzminister Dr. Dehlinger weist darauf hin, daß bei der schlechten Wirtschaftslage keine besonderen Erträgnisse zu erwarten seien. Die Mieten für den Mittnachtbau in Stuttgart seien durchschnittlich um 3 Prozent ermäßigt worden. Die Mieter seien mit dieser Regelung zufrieden. Ein Zentrumsredner tritt für die kinderreichen Familien in den staatlichen Beamtenwohnungen ein. Wenn kinderlose Familien keinen Kinderlärm ertragen können, so sollen die Kinderreichen hiergegen geschützt werden. Die kinderlosen Familien fänden leichter eine Wohnung. Ein Redner der Bürgerpartei ist der Ansicht, daß der Schutz der kinderreichen Familien nur für jene gelten sollen, die gut erzogene Kinder haben. Kap. 88 wird genehmigt, ebenso Kap. 92 (Salinen), Kap. 93 (Wildbad). Hier wurde mitgeteilt, daß die Versuchsbohrungen nach neuen Quellen noch nicht abgeschlossen sind. Der Besuch von Wildbad sei im Jahre 1929 nur in ganz geringem Maße zurückgegangen. An Reklame fehle es nicht. Kap. 94 (Münze) wird genehmigt. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag.

Die Etatbesprechungen beim Reichsfinanzminister.

Berlin, 11. Febr. Im Reichsfinanzministerium fand heute vormittag die angekündigte Besprechung Dr. Moldenhauers mit den Finanz- und Steuersachverständigen der Fraktionen statt. Die Verhandlungen wurden noch nicht zum Abschluß gebracht, sondern sollen morgen Mittwoch mittags um 12 Uhr weitergeführt werden. In der heutigen Besprechung beschäftigte man sich zunächst mit den 154 Millionen Fehlbetrag aus dem Jahre 1928. Hierzu wurde heute der Gedanke besprochen, diese 154 Millionen in den Schuldentilgungsfonds einzubeziehen, und es scheint, daß auch der Reichsbankpräsident damit einverstanden sein würde. Praktisch könnten die 154 Millionen dann also im nächsten Jahre abgedeckt werden. Die Deutsche Volkspartei erwartet nun aber von dem nächsten Jahre die Durchführung der Steuersenkungsaktion in der Höhe der 700 Millionen Youngplan-Ersparnisse und befürchtet, daß die Verwirklichung dieser Forderung durch Belastungen des nächstjährigen Etats gefährdet werden könnte. Unter diesen Umständen muß die Frage der 154 Millionen noch weiter beraten werden. Den Hauptteil der heutigen Besprechung bildete das Problem der Arbeitslosenversicherung. Das Projekt des Reichsfinanzministers, die Angestellten- und Invalidenversicherung zur Entlastung des Etats auf diesem Gebiete heranzuziehen, ist dahin modifiziert worden, daß den beiden Versicherungsinstituten Vorzugsaktien der Reichsbahn verkauft werden sollen, um ihnen eine größere Sicherheit zu geben und damit die Bedenken der Gewerkschaften zu beheben. Wie im Reichstag verlautet, würde das Zentrum bereit sein, diesem Plane zuzustimmen, die Entscheidung liegt bei den Sozialdemokraten.

Stürmische Szenen im Reichstag bei einer Rede Hugenbergs.

Berlin, 11. Febr. Im Reichstag sprach heute Abg. Dr. Hugenberg (Dn.), der mit lauten, höhnischen Rufen der Kommunisten empfangen wurde. Er erinnerte daran, daß er in seiner letzten Reichstagsrede vor dem drohenden Ruhreinbruch gewarnt habe, der dann auch Wirklichkeit geworden sei. Bei diesen Worten entsteht große Unruhe im Hause. Von links kommt ein Ruf: „Sie haben am Ruhreinbruch schön verdient!" Von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten werden laute Schmährufe gegen links gerichtet. Von der Rechten wird gerufen: Wels war es, der ist ja besoffen! Abg. Stöhr (N.S.) wird wegen dieses Zwischenrufes aus dem Saal gewiesen. Große Unruhe im ganzen Haus. Wels (Soz.) erhält einen Ordnungsruf. Von der Rechten wird stürmisch die Ausschließung des Abg. Wels verlangt. Von den Kommunisten ertönen Pfiffe. Im ganzen Hause herrscht große Unruhe. Präsident Löbe wies auch den Abg. Straßer (N.S.) wegen verschiedener Zurufe aus dem Saal. Abg. Gok (Dn.) erhält einen Ordnungsruf. Von der Rechten wird gerufen: Schamlos ist das! Erst allmählich legt sich die Unruhe.

Die Youngdebatte im Reichstag.

Berlin, 11. Febr. Im Reichstag hatte man wirklich nicht das Gefühl, als sollte nun hier vor den Augen der Welt um eine Entscheidung von großer geschichtlicher, wirtschaftlicher und politischer Tragweite gerungen werden. Auch die streng sachliche und nüchterne Rede, mit der Dr. Curtius die Aussprache einleitete und mit der er um die Gutheißung des Werkes warb, das von Stresemann begonnen, von ihm vollendet wurde, war nicht darnach angetan, Leidenschaften zu entfesseln. Fast ohne merkliche Zeichen der Zustimmung oder des Mißfallens ließ man sich die Gründe vortragen, die nach Auffassung der Regierung trotz unerhörter Lasten die Ratifizierung des Haager Paktes empfehlen. Es war eine durchaus kluge und richtige Taktik, daß er sich jede Polemik versagte. Und sie hatte dann auch den Erfolg, daß sich die Opposition zur Rechten wie zur Linken nur ganz schwach rührte. So ging Dr. Curtius auch an den gefährlichen Klippen der Sanktionsklausel und des Polenvertrages vorbei. Nur zum Schluß erhob sich seine sonore Stimme zu stärkerem Klange, als er vom Reichstag ein Ja als Bestätigung des Haager Werkes forderte. Dann aber kam Bewegung in die Szene. Noch während Dr. Breitscheid für die Sozialdemokraten sprach, wurde bekannt, daß nicht, wie vorgesehen, Herr Quaatz, sondern Dr. Hugenberg in höchst eigener Person die Sache der Deutschnationalen vertreten werde. Die Erwartung, mit der man diesem Debut entgegensah, ließ das Interesse an Breitscheids Darlegungen abflauen. Der, zurückhaltender als sonst, leistete dem Außenminister Sekundantendienste, nicht ohne den Anteil der Sozialdemokratie kräftig zu unterstreichen. Ebenso las er den Volkskonservativen eine höfliche, dem Reichsbankpräsidenten Schacht eine weniger höfliche Standpauke. Und dann kam Hugenberg. Schon nach den ersten Sätzen des deutschnationalen Parteiführers war der bis dahin fast glatte Spiegel des Abgeordnetenparketts in einen wildschäumenden See verwandelt. Und es schien, als ob Herr Hugenberg ihm zum Opfer fallen würde. Aber nach verschiedenen Hinauswürfen und Ordnungsrufen legte sich die Erregung und Hugenberg konnte, wenn auch mit Unterbrechungen, seine Ausführungen vortragen. Man kennt die Weise und kennt den Text aus Hugenbergs Artikeln und seinen sonstigen Kundgebungen. Wenn Hugenbergs Pferdekur uns helfen könnte? So war sein Auftreten eine Sensation und doch wieder keine. Hugenbergs Angriffe gegen die Regierung riefen den Außenminister nochmals auf die Rampe. Die heftige Attacke fand eine ebenso heftige Abwehr. Dr. Curtius traf die Achillesferse seines Gegners mit der Feststellung, daß Hugenberg mit keinem Wort gesagt habe, was er dann wohl an Stelle der von ihm diffamierten Regierung tun würde, eine Frage, die ja auch Dr. Stresemann so oft, aber stets vergeblich, an die deutschnationale Adresse gerichtet hatte. Gegen Hugenberg und seine Kampfmethoden wandte sich auch der Zentrumssprecher Dr. Brüning, der die Zustimmung seiner Fraktion zum Neuen Plan von verschiedenen Vorbehalten abhängig machte. Namentlich den kleinen Polenvertrag wolle man sich im Ausschuß erst noch einmal gründlich ansehen. Nicht minder groß sind aber auch, wie die Rede des Herrn von Rheinbaben bestätigt, die Bedenken gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen bei der Deutschen Volkspartei. Es heißt, daß einige Volksparteiler entschlossen sind, bei der Entscheidung über den Polenvertrag sich nicht nur der Stimme zu enthalten, sondern sogar gegen ihn zu votieren. Nach dem Volksparteiler, der ein Ost-Locarno auf Umwegen entschieden ablehnte, sprachen noch der Kommunist Thälmann, der Wirtschaftsparteiler Bredt, der Nationalsozialist Reventlow und Bayersdörffer von der Bayerischen Volkspartei. Von keiner Seite wurde etwas wirklich Neues vorgebracht. Dann vertagte man die Aussprache auf morgen.

Curtius über die Haager Abkommen.

Berlin, 11. Febr. Der Reichsaußenminister konnte jetzt den Rechenschaftsbericht über die Haager Konferenz ablegen. Er ging ziemlich weit zurück bis auf jene Verhandlungen, durch die die Haager Beratungen eingeleitet wurden. Dabei stellte er natürlich den Kampf um die Befreiung des Rheinlandes in den Vordergrund seiner Betrachtungen. Dr. Curtius betonte u. a., die Reichsregierung bitte um baldige Verabschiedung der Vorlagen. „Ich sehe meine heutige Aufgabe darin, unter Vermeidung von Einzelerörterungen in großen Zügen die Politik zu entwickeln, die zu den Haager Vereinbarungen geführt hat, und die Gründe darzulegen, warum die Reichsregierung die Annahme des neuen Planes für notwendig hält. Die Reichsregierung hat in ihrer Regierungserklärung Befreiung der noch besetzten Gebiete, befriedigende Regelung der Saarfrage und endgültige Regelung der Reparationsfrage in Aussicht genommen. Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens um die Lösung der beiden Hauptfragen steht der feste Räumungstermin vom 30. Juni und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lastenerleichterung und wesentliche Verbesserung der politischen und finanziellen Lage mit sich bringt. Verhandlungen über die Saarfrage sind mit der französischen Regierung im August 1929 vereinbart worden. Es wäre sehr erwünscht gewesen, auch diese Frage mit den anderen zusammen alsbald zur endgültigen Erledigung zu bringen. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Saarfrage würden mit dem Ziel geführt, sobald wie möglich die **restlose Rückgliederung des Saargebietes in die deutsche Souveränität** zu erreichen. Stresemann habe seine letzte Kraft daran gesetzt, die Räumungsfrage zu lösen. Besondere Genugtuung habe es ihm bereitet, daß das Ziel erreicht werden konnte, ohne daß es zur Einrichtung eines Kontrollorgans gegenüber dem Rheinland gekommen wäre. Mit der Bevölkerung des besetzten Gebietes fühlten alle verantwortlichen Politiker, daß der Tag der endgültigen Räumung ein denkwürdiger Augenblick sei, in dem schwere Befürchtungen und Sorgen vergangener Jahre ausgelöscht werden. Auf der zweiten Haager

Inserate heben den Umsatz!

Konferenz wurde das Werk Stresemanns fortgesetzt. Das sog. **Sanktionssystem des Versailler Vertrages wurde beseitigt.** Nach der neuen Regelung besteht die Garantie der Gläubigermächte in der von Deutschland unter eigener Verantwortung übernommenen feierlichen Verpflichtung, die festgesetzten Jahreszahlungen gemäß den Bestimmungen des Planes zu zahlen. Die Reparationskommission hat keine Funktionen mehr auszuüben. Die bei dieser Gelegenheit ausgetauschten Erklärungen beziehen sich auf den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan absichtlich zerreißen könnte. Sie stellen fest, daß die Gläubigerregierungen selbst im äußersten Falle nicht das Recht haben, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Erst nach einem für Deutschland ungünstigen Spruch der höchsten internationalen Instanz erhalten sie das Recht voller Handlungsfreiheit wieder. Es ist nochmals festzustellen, daß **das Versailler Sanktionssystem beseitigt und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist.** Der Minister behandelte dann die bei den Haager Verhandlungen über den Youngplan gemachten Zugeständnisse. Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetreten. Er erinnerte daran, daß nach dem Londoner Zahlungsplan Deutschland mit einer Kapitalschuld von 132 Milliarden Goldmark belastet werde. Die Kapitalschuld nach dem Youngplan betrage 34,5 Milliarden. Die durchschnittliche Jahreslast sei gegenüber dem Dawesplan um fast 500 Millionen niedriger. Hierbei sei der Wohlstandsindex noch nicht eingerechnet. Nach dem Youngplan sei Deutschland für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich. Alles in allem enthalte der Youngplan bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Wirtschaft als der Dawesplan. Hinzu komme, daß alle Pfänder, Kontrollen und ausländischen Verwaltungsratsmitglieder fortfallen. Einen breiten Raum nahmen seine Ausführungen über die Liquidationsabkommen ein. Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Ueberschüssen hätten zum Teil zu guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. In England unterliegt die Freigabe leider großen Ausnahmen. Inhalt und Zweck des polnischen Abkommens sind in der deutschen Oeffentlichkeit vielfach in geradezu unbegreiflichem Maße verfälscht worden. Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlußfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das geringste zu tun haben. Man ist so weit gegangen, zu sagen, daß dieses reine Zweckabkommen die großen Fragen unserer Ostpolitik nachteilig beeinflusse. Nichts von alledem ist wahr. (Abg. Dr. Göbbels (N.S.): Das glauben Sie ja selbst nicht! — Der Redner erhielt einen Ordnungsruf.) Für den gegenüber Polen ausgesprochenen Verzicht sind wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht worden. Namentlich für die deutsche Minderheit in Polen haben wir den Druck, der 10 Jahre nach dem Krieg auf ihr gelastet hat, erleichtert. Die finanzielle Belastung hält sich im Rahmen des Tragbaren und geht nicht im entferntesten in Milliarden. Dieser angebliche Milliardenverzicht soll daher stammen, daß wir Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Es ist bis zum Ermüden immer und immer wieder betont worden, daß wir einen solchen Anspruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hatten. Wer behauptet, daß die durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile gering seien, habe den schweren Weg der deutschen Minderheit vergessen. Zwölftausend deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familienkopfzahl von etwa 80 000 Personen haben wir wenigstens in ihren Erbrechten sicherstellen können. Die Reichsregierung glaubt, daß wir durch dieses Abkommen einen Schritt weitergekommen sind.

Lloyddampfer „München" im Newyorker Hafen gesunken.

Newyork, 11. Febr. An Bord des Lloyddampfers „München" brach kurz nachdem er an seinem Pier angelegt hatte, ein Brand aus. Es folgten mehrere Explosionen, die den Dampfer erschütterten und die mit den Löscharbeiten beschäftigten Feuerwehrleute zu Boden warfen. Kurz darauf ist der Dampfer an seinem Pier gesunken.

Newyork, 11. Febr. 263 Fahrgäste der „München", die etwa um 9 Uhr vormittags an der Landungsbrücke am Hudsonfluß eingetroffen waren, hatten das Schiff bereits vor Eintritt der Explosion verlassen. Zahlreiche Fahrgäste weilten wegen der Zollabfertigung noch an der Landungsstelle. Sie mußten sie schleunigst verlassen, da die Flammen nach den Explosionen sich mit erschreckender Schnelligkeit ausdehnten. Nach den Explosionen sank der 13 483 Bruttoregistertonnen große Lloyddampfer „München" ziemlich schnell, so daß die noch auf dem Schiff verbliebenen Mitglieder der Besatzung sich erst im letzten Augenblick durch Sprünge über Bord retten konnten. Sie wurden von den zur Rettung herbeigeeilten Polizei- und Feuerlöschbooten aufgenommen. Von der Mannschaft des Schiffes wird der Elektriker Franke vermißt, sonst wird niemand vermißt. Verletzt sind die Stewardeß Gehrke und der Seemann Sievekc, sowie insgesamt 6 Feuerwehrleute. Ertrunken ist ein Feuerwehrmann. Sonst sind keine weiteren Verluste zu melden. Nach Ansicht der Feuerwehr dürfte der Brand auf Selbstentzündung der in der Ladung befindlichen Kalisäcke zurückzuführen sein. Die Dockarbeiter hatten über 200 Säcke Kali ausgeladen, als der Brand entdeckt wurde.

Der Norddeutsche Lloyd zum Brand der „München".

Bremen, 11. Febr. Zu dem Brand auf dem Lloyddampfer „München" in Newyork veröffentlicht der Norddeutsche Lloyd eine Mitteilung, wonach das Schiff nicht gesunken sei, aber zur Eindämmung des Feuers möglicherweise eine Ueberflutung des Schiffes erfolgen werde. Der Schaden sei durch Versicherung gedeckt. Einer späteren telephonischen Meldung des Lloyd aus Newyork zufolge soll das Schiff um 10 Uhr abends noch brennen. Man hoffe, das Feuer unter Kontrolle zu haben. Die Passagiereinrichtungen seien ausgebrannt. Das Schiff werde voraussichtlich 3 Monate außer Dienst gezogen werden müssen. Auf Anfrage bestätigt der Norddeutsche Lloyd, daß sämtliche Passagiere der „München" das Schiff bereits verlassen hatten, als das Unglück im Newyorker Hafen geschah.

Berlin, 11. Febr. Der im Newyorker Hafen nach einem Brande gesunkene Dampfer „München" ist eines der neueren Schiffe des Norddeutschen Lloyds. Die „München" ist erst vor ungefähr 6 Jahren als Schwesterschiff der „Stuttgart" in Dienst gestellt worden. Sie gehört zur sogenannten Städteklasse, ist 13 500 Tonnen groß und führt Passagiere der Kajüten-, Touristen- und der dritten Klasse.

Geschäftliches. Der vor kurzem vorgeführte Waschapparat hat in Neuenbürg guten Anklang gefunden und wird deshalb auf vielseitigen Wunsch nochmals zur Vorführung gebracht, und zwar, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, am Donnerstag, 13. Februar, je nachmittags von 3 Uhr an und abends von 8 Uhr ab, im Gasthof zum „Schiff". Alle Hausfrauen von Stadt und Land, die nicht mehr 10 bis 12 Stunden am Waschfaß stehen wollen, sondern in 2 bis 3 Stunden ihre Wäsche tadellos reinigen wollen, werden zu einer interessanten Besichtigung eingeladen. Bisher war maschinelles Reinigen nur eine Einrichtung für begüterte Kreise. Der hier zur Vorführung gelangende billige Waschapparat macht es jeder Hausfrau, auch der minderbemittelten, möglich, sich von den Plagen des Waschtags zu befreien. Ein Besuch ist zu empfehlen. (S. Anzeige.)

Herrenalb und Umgebung.

Die Aufnahme-Prüfung in die gehobenen Klassen

findet am **Dienstag den 11. März, vormittags 8 Uhr, im neuen Schulhaus** statt. Zugelassen werden Schüler und Schülerinnen, welche die Grundschule besucht haben und nicht mehr als 13 Jahre alt sind. Die Erziehungsberechtigten wollen ihre Kinder mündlich oder schriftlich bis **spätestens 4. März** beim Schulvorstand in Herrenalb anmelden.

Schulvorstand: Oberl. Breymayer.

Birkenfeld.

Einzug der Vermögenssteuer

am 15. Februar.

Förschler.

Ottenhausen, 11. Februar 1930.

Todes-Anzeige.

Unerwartet rasch verschied heute morgen meine liebe Frau, unsere gute, treubesorgte Mutter

Frau Amalie Roth,

geb. Faass,

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 35 Jahren im Krankenhaus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Fritz Roth z. „Rößle" mit seinen zwei Kindern und Angehörigen.

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr.

Birkenfeld.

Wir beginnen am **Montag den 17. Februar 1930** im Gasthaus zum „Adler" in **Birkenfeld** mit einem zweiwöchentlichen

Tages- und Abend-Nähmaschinen-Stick- und Stopf-Kurs.

Hausfrauen und Töchter, welche im Besitze einer Nähmaschine sind, gleich welchen Fabrikats, ob Lang-, Schwing- oder Rundschiff, ist hiermit günstige Gelegenheit geboten, sämtliche Stickarbeiten wie: **Monogramm-, Hohlsaum-, Loch-, Ausschnitt-, Bunt- und Wollstickerei, Gabelarbeit, Wäsche- und Strümpfestopfen, Spitzenklöppeln usw.** auf der eigenen Nähmaschine zu erlernen.

Anmeldung und Auskunft **ab heute bis spätestens Donnerstag den 13. ds. Mts., abends,** im Gasthaus zum „Adler".

Südd. Stickschule, Göppingen.

Zu verkaufen neuen eichenen

Schreibtisch,

tausche auch auf **Aussteuer-Artikel** (Bettzeug).

Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Arnbach.

Ein trächtiges

Rind

wird dem Verkauf ausgesetzt

Haus Nr. 31.

Hochmühle-Ottenhausen, 10. Februar 1930.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir beim Hinscheiden unserer lieben, guten Mutter und Großmutter

Magdalene Schmidt, Witwe, geb. May,

von Nah und Fern erfahren durften, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Chr. Schmidt zur Hochmühle.

Jede Woche lebendfrische

See-Fische und Stockfische

E. Lindenman

Neuenbürg, Tel. 191.

Birkenfeld.

Setze meine

Baum-Grundstücke

(Bauplätze) in schönster Lage Birkenfelds, Bahnhofnähe, unter günstigen Bedingungen dem Verkaufe aus.

E. Häußer, Marktstr. 4.

Niebelsbach.

Eine schwere

Kuh

mit dem ersten Kalb, gut gewöhnt, unter zwei die Wahl hat zu verkaufen

Hermann Glauner

beim „Adler".

Ehrliches, fleißiges, kinderliebendes

Mädchen,

evangelisch, möglichst schon gedient, per sofort oder 1. März 1930 **gesucht.**

Angebote an

Frau **Emmy Bastian,**

Pforzheim, Oestliche 81.

Neuenbürg.

2 Zimmer-Wohnung

per 1. März oder später **zu mieten gesucht.**

Angebote unter Nr. 200 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Zimmer-Schützenverein Neuenbürg.

Heute abend Lokal.

H. M. „Eintracht".

Pfannkuch

Donnerstag und Freitag:

Frische Seefische

Frische Bücklinge Lachsheringe

Billige Eier

10 Stück **1.–** RM.

extraschwere

10 Stück **1.20** RM.

und 5 % Rabatt

Pfannkuch

Postkarten-Album

von einfacher bis feinster Ausführung.

C. Meeh'sche Buchhandlung.

Für Neuenbürg und Umgebung

Vertreter(innen) gesucht.

Auf vielseitigen Wunsch nochmals einen Tag

Nur 1 Tag! **PROBE-WASCHEN** **Nur 1 Tag!**

mit der kleinsten, besten und billigsten Waschmaschine der Welt, dem Original **F-Waschkompressor** D.R.G.M. D.R.P., am **Donnerstag den 13. Februar,** nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr, im Saale des Gasthauses zum **„Schiff".**

Kein Waschtrichter, kein „Waschteufel", kein Ueberkochrohr, sondern eine neue, wertvolle Erfindung. Preis des Apparates RM. 15.—. **Eintritt frei!** Kein Kaufzwang. Jede Hausfrau ist freundlichst eingeladen. **Schmutzige Wäsche mitbringen** (auch Stärkwäsche). Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Vertreter(innen) gesucht.

12 Hemden werden in **6 Minuten** gewaschen.	**80 Hemden** wäscht man mit 1 Stück Seife.	Nicht 12, sondern nur **2 Stunden** hat ein Waschtag.	Dreimal länger hält Ihre Wäsche, da keine Reibung stattfindet.	**Blutige** aufgewaschene **Hände** gibt es nicht.	Viele 1000 Hausfrauen waschen bereits darauf.	**10 Jahre Garantie** für Haltbarkeit.	Keine 100, sondern nur **15 R.-Mark** ist der Anschaffungspreis.

Fix ist der einzige patentierte Waschkompressor. Nur eine halbe Stunde kostet der Besuch des Probewaschens. Besucher der Vorführung erhalten den Apparat bei Bestellung zum Ausnahmepreis von **R.-Mark 13.50.**

Emil Knödler, Schorndorf, Hauffstraße 4.

Täglich zwei Vorführungen